

Menschenrechtsbericht

USA: Europa ist islamfeindlich

Die USA rügen Europa, müssen sich aber auch selbst mit dem Vorwurf auseinandersetzen, Feindbilder zu pflegen.



VON MARIE NORTH
Medienkritikerin Fakhraie

In Europa greift die Fremdenfeindlichkeit um sich und auch der Antisemitismus legt zu: So steht es im Jahresbericht zum weltweiten Stand der Menschen-

rechte, herausgegeben vom US-Außenministerium. Besonders Muslime werden demnach zunehmend Opfer von Diskriminierung und gewalttätigen Übergriffen.

KOMMENTAR

Der falsche Bote



Es gibt Berufenere als die USA, die Menschenrechte in Europa zu kritisieren.

VON STEFAN GALOPPI

Es ist die alte Geschichte mit dem Glashauss, seinen Insassen und deren verhängnisvollem Drang zum Steinewerfen: Das US-Außenministerium verteilt in seinem jüngsten Jahresbericht über den Stand der Menschenrechte weltweit strenge Zensuren. Doch steht den USA der erhobene Zeigefinger wirklich zu?

Auch ein Jahr nach dem Versprechen von Präsident Obama, das umstrittene Gefangenenlager Guantánamo zu schließen, sitzen dort weiter knapp 200 Männer ohne Anklage fest. Die Folterknechte der Regierung von George W. Bush und deren Auftraggeber werden nicht zur Verantwortung gezogen. Bushs Berater Karl Rove kann noch heute öffentlich sagen, waterboarding sei keine Folter und er sei stolz auf das simulierte Ertränken bei Verhören.

Scheinheilig Dazu kommen die unvergessenen Bilder aus der US-Haftanstalt Abu Ghraib im Irak; die CIA-Geheimgefängnisse in Europa; der leichtfertige Einsatz von Drohnen und Raketen, denen in Afghanistan und in Pakistan immer wieder Zivilisten zum Opfer fallen; und nicht zuletzt die häufige Vollstreckung der Todesstrafe in den USA. All das steht im Widerspruch zu den europäischen Vorstellungen von Menschenrechten und lässt den US-Bericht scheinheilig erscheinen.

Dabei wäre sein Inhalt absolut bedenkenswert: Europa muss tatsächlich seinen verkrampften Umgang mit Muslimen überdenken. Angstreflexe wie das Schweizer Minarettverbot sind keine Antwort. Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus sind Realitäten. Auch der Vorwurf der Diskriminierung von Roma sitzt. Aber unabhängige Organisationen wie Amnesty sind weit berufenere Überbringer dieser Botschaft als Beamte in Washington.

stefan.galoppi@kurier.at

Als Beispiele werden das Minarettverbot in der Schweiz und das Kopftuchverbot an deutschen Schulen angeführt. Auch Österreich kommt nicht ungeschoren davon. Diskriminierung von Muslimen sei keine Seltenheit, Frauen mit Schleier würden in der Öffentlichkeit angefeindet, so das Urteil in Sachen Islamophobie.

Kehrseite Die USA teilen aus, müssen aber auch einstecken. Medienkritikerin Fakhraie hält im KURIER-Gespräch dagegen, dass auch die USA Probleme mit Islam-Feindlichkeit haben. Fakhraie beobachtet über ihre WeBSITE *Muslimah Media Watch* die Medienberichterstattung über muslimische Frauen weltweit. Ihr Urteil über die Darstellung von Muslimen in westlichen Medien fällt negativ aus. „Es gibt sehr wenige positive Bilder. Das vorherrschende Bild ist leider immer negativ: die gefährliche, hinterhältige muslimi-

Jahresbericht: Lage der Menschenrechte

Bilanz Ein Mal jährlich zieht das US-Außenministerium Bilanz über die Lage der Menschenrechte in 194 Ländern der Welt. Dabei werden stets besonders heftig kritisiert: Nordkorea, Kuba, Iran, China.

Europa In Europa kritisiert der US-Bericht eine zunehmende Anti-Islam-Stimmung und mehr Antisemitismus. In Österreich wird die Lage der Schubhäftlinge kritisiert.

sche Frau, die Selbstmordattentäterin. Die große Mehrheit der westlichen Medien zeichnet ein schlimmes Bild. Viele Stereotype haben sich geändert, aber das Bild, dass muslimische Frauen fremd und anders sind, das hat sich nicht geändert.“

Die Darstellung in den Medien verbessere den Umgang mit Muslimen in Europa und in den USA sicher



Muslime werden in Europa ausgegrenzt und in Medien überwiegend negativ dargestellt, sagen die USA

nicht, glaubt die junge Amerikanerin mit iranischen Wurzeln. „Auch muslimische Männer werden oft in Stereotypen dargestellt: entweder als solche mit Nähe zum Terrorismus oder als Unterdrücker von Frauen.“

Die USA gehen wenig selbstkritisch mit Europa ins Gericht. An einer Stelle des Berichtes heißt es, dass viele Regierungen „breite Inter-

pretationen von Terroris- mus und Notverordnungen verwenden, um Rechte von Gefangenen einzuschränken“ und Menschenrechte zu beschneiden.

Ein umstrittenes Gesetz in Sachen Terror-Bekämpfung – der sogenannte „Patriot Act“ – wurde erst im Februar verlängert. Das Antiterrorgesetz war unter George Bush nach den Anschlägen vom

11. September 2001 beschlossen worden. Er gibt der Regierung und den Justizbehörden größeren Spielraum zur Überwachung von Terrorverdächtigen. Menschenrechtsaktivisten und Datenschützer laufen seit her gegen das Gesetz Sturm.

Mitarbeit: I. Steiner-Gashi

INTERNET
<http://muslimahmediawatch.org/>

„Ungarn muss EU-Standards achten“

Interview – Slowakischer Außenminister Lajcak im KURIER

Seit Jänner 2009 ist **Miroslav Lajcak** Außenminister der Slowakei. Mit dem KURIER sprach der international erfahrene Diplomat über

... den Konflikt um die ungarische Minderheit Unser Ziel ist nur, dass Menschen, die nur Slowakisch sprechen, in den Gebieten der ungarischen Minderheit nicht zu Bürgern zweiter Klasse werden. Wir beschränken die Verwendung des Ungarischen in keiner Weise.

... Ungarns Politik Ungarn ist seit mehr als fünf Jahren in der EU und noch immer kann man am Verhalten mancher Politiker erkennen, dass sie noch lernen müssen, was es heißt, Mitglied der EU zu sein.

Von Ungarn erwarten wir

nicht mehr und nicht weniger, als dass sie die Standards und die Institutionen, die wir in der EU geschaffen haben, achten.

Mit einer Partei wie Jobbik (rechtsextreme nationalistische Gruppierung, Anm.) im Europaparlament und demnächst wahrscheinlich im Parlament in Budapest, glaubt Ungarn da tatsächlich, in der Position zu sein, andere über Minderheitenrechte zu belehren?

... jüngste Entwicklungen Ich bin sehr froh, dass sich die Aufregung etwas gelegt hat. Wir haben im letzten Sommer (Eskalation des Minderheiten-Konfliktes, Anm.) beide unsere Lektion gelernt. Natürlich gibt es immer noch Kräfte, die daran interessiert sind, die Spannungen wieder zu verschärfen. Aber nach den Parla-

mentswahlen in beiden Ländern sollten die neuen Regierungen sehr rasch zu einer Einigung kommen.

... die Benes-Dekrete Die Benes-Dekrete sind Geschichte, ein Teil der Nachkriegs-Architektur – und ein Teil unseres Rechtssystems. Es wäre gefährlich, die Leichen aus dem Keller zu holen. Überlassen wir also die Benes-Dekrete den Historikern und reden wir über Zukünftiges.

... Beziehungen zu Österreich Die sind hervorragend und entwickeln sich auf nationaler und auf regionaler Ebene. Immerhin war Österreich unser Tor zum Westen nach der Wende 1989. Hainburg war also unser Westberlin.

Es gibt nur ein Thema, bei dem wir unterschiedliche Ansichten haben: die Atom-



Kritik an Budapest: Lajcak

energie. Wir akzeptieren Österreichs nationale Position und erwarten, dass Österreich unsere akzeptiert. Es ist wichtig, dass man dieses Thema sachlich diskutiert und nicht für Skandale oder politische Propaganda nützt. Wir halten uns an die EU-Sicherheitsstandards. Schließlich kümmern wir uns nicht weniger um die Sicherheit unserer Bürger als Österreich um jene seiner.

– Konrad Kramar

Neue Beweise für Kontakte zwischen Chavez und der ETA

Terrorist verhaftet – Andoni Zengotitabengoa war schon am Flughafen von Lissabon, als die Polizei ihn aufspürte. Der gesuchte baskische Terrorist, der erst kürzlich bei der Razzia eines ETA-Schlupfwinkels in Portugal flüchten konnte, war auf dem Sprung nach Venezuela.

Kein Zufall – seit Monaten führen Spaniens Polizei und Politik immer mehr Beweise für die enge Zusammenarbeit zwischen der baskischen Terrororganisation und der Regierung von Hugo Chavez an. Der Sozialist soll den Terroristen nicht nur Unterschlupf vor der Verfolgung in Europa geboten, sondern diese auch mit Geld und Waffen versorgt haben.

Doch auch die ETA hatte im Gegenzug einiges zu bieten. So gibt es detaillierte Zeugenaussagen über ETA-Terroristen, die in Venezuela Kämpfer der FARC im Gebrauch von Sprengstoff ausbildeten. Die linke Guerilla kämpft seit Jahrzehnten gegen die Regierung im benachbarten, vor allem aber mit Chavez schwer verfeindeten Kolumbien.

Ungeachtet der Attacken aus Venezuela, das alle diesbezüglichen Anschuldigungen als Lügenpropaganda aus Madrid abtut, will Spaniens Regierung sich des Problems annehmen. Premier Zapatero hat angekündigt, die Verfolgung der ETA auch in Venezuela aufzunehmen.